

Zur Preisfrage

Autor(en): **Marbach, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **5 (1925-1926)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-329148>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

3. HEFT

NOVEMBER 1925

V. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Zur Preisfrage.

(Versuch der Darstellung eines innerschweizerischen
„Transferproblems“.)

Von Dr. F r i z M a r b a c h , Bern.

I.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die schweizerische Preisebene besonders für Lebensmittel bedeutend über der durchschnittlichen Weltpreisebene liegt.

Zu Anfang des Jahres 1925 ergaben die in Schweizerfranken umgerechneten Nahrungsindices (nach dem Sozialstatistischen Dienst des Eidg. Arbeitsamtes):

für Oesterreich	114	(Juli 1914 = 100)
„ Frankreich	114	
„ Italien	127	
„ Deutschland	136	
„ U. S. A.	154	
„ S c h w e i z	168	
„ England	175	

Von einer entscheidenden Veränderung der Lebenskostenindices im Verlaufe des Jahres 1925 kann nicht die Rede sein. Wohl hat sich der schweizerische Index etwas gesenkt, aber dieser Senkung stehen neben Erhöhungen, wie etwa in Deutschland, weitere Senkungen in anderen Ländern gegenüber*). Wenn wir früher die These aufgestellt haben, daß eine erfolgreiche Planierungsarbeit der internationalen Preisflächen nur denkbar sei, wenn die über Weltpreisniveau liegenden Länder die Lebenskosten senken, die anderen sie erhöhen, so bleibt diese These heute in vollem Umfange aufrecht. In Frankreich und Italien wie in anderen preistiefen Ländern sind die tiefen Lebenskosten nur denkbar infolge der schlechten Preislage der allerwichtigsten Ware,

*) Vergleiche Preisnummer (30) der Wirtschaftsberichte des Schweiz. Handelsamtsblattes.

der Ware menschliche Arbeitskraft, indem in diesen Ländern die landwirtschaftliche Arbeit einer minimalen Entlohnung unterworfen ist und indem die Entlohnung der Industriearbeiterschaft einen so großen Spielraum der Profitrate ermöglicht, daß bei Verkaufspreisen u n t e r Weltdurchschnitt große Gewinne realisiert werden können. Die immense Bedeutung der Konsolidierung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegungen in diesen Ländern (es sind zudem die typischen „Spaltungsländer“) wird damit sozusagen a priori klar. Das gewaltige Gegenwartsproblem der Verindustrialisierung der Rohstoffländer, das (um nur ein Beispiel zu erwähnen) in den folgenden Zahlen seinen Ausdruck findet, tritt erst dann in seiner vollen Bedeutung vor unsere Augen, wenn wir es im Zusammenhang mit der schlechten Bezahlung der Arbeitskraft betrachten. Ohne die Unterentlohnung des jungen Proletariates der sich verindustrialisierenden Rohstoffländer würde eine gefährliche Konkurrenzierung der klassischen Industriegebiete mit ihren r e l a t i v hohen Löhnen, aber auch mit ihren hohen Fabrikations q u a l i t ä t e n nicht wohl denkbar sein.

Die Einfuhrmengen I t a l i e n s *) betragen in Zentnern an :

	1913	1924
Landwirtschaftlichen Maschinen	153,000	95,000
Müllereimaschinen	19,000	10,500
Papiermaschinen	16,000	7,100
Werkzeugmaschinen	105,000	39,500
Generatoren	36,000	17,000
Anderen Maschinen	122,000	21,000

Wenn diese Zahlen vorerst auch nur italienische Importzahlen sind, so haben sie doch f ü r u n s hohe Exportbedeutung auch dann, wenn der italienische Fabrikatenerport, was aber nicht der Fall ist, keinen Aufschwung genommen hätte.

Aus den bisherigen Ausführungen dürfte hervorgehen, daß wir die internationale Seite des Preisproblems bei seinem Studium sicher nicht vernachlässigen. Wir freuen uns deshalb, konstatieren zu dürfen, daß wenigstens i m G r o ß h a n d e l im Laufe des Jahres 1925 ein gewisser Ausgleich der internationalen Preisebenen begonnen hat, der mit der Zeit sich auf die Kleinhandels-Ernährungsindices auswirken dürfte. Vorerst sind allerdings weitgehende Hoffnungen statistisch nicht gerechtfertigt, indem, wie erwähnt, die Lebenskostendifferenzen bis dahin den Ausgleich nicht mitmachten. Unsere Kleinhandelspreise ganz besonders reagieren weit langsamer auf die Bewegungen der Großhandelspreise als in gewissen anderen Ländern, was vor allem im Truſtcharakter unserer Milch- und zum Teil unserer Fleischversorgung begründet liegt.

Während zum Beispiel der für 10 Waren berechnete Index der „Frankfurter Zeitung“ für Deutschland im Großhandel von 162 auf

*) „Neue Zürcher Zeitung“, Exportbeilage Nr. 40.

151 fiel (Januar—August) und im Kleinhandel von 153 auf 146, stagnieren unsere Kleinhandelspreise bei stark sinkenden Großhandelspreisen.

Der Stand der Weltteuerung ergibt nach den gewogenen Weltteuerungsindices des „Berliner Tageblattes“ folgendes Bild für den Monat Juni, wobei Deutschland mit 11,2, Amerika mit 32,9, England mit 29,5, Frankreich mit 15,6, Holland mit 4,6, Schweiz mit 2,7, Tschechoslowakei mit 3,6 gewichtet ist:

Total Weltteuerungsindex 154,4

Frankreich	129,5
Deutschland	141,6
Tschechoslowakei	147,2
Holland	152,9
U. S. A.	157,4
Schweiz	162,9
England	169,6

Bei diesen Vergleichen handelt es sich aber um Großhandelszahlen, während für die Lebenskostenvergleiche doch die Kleinhandelszahlen maßgebend sind.

Auf Frankenkurs umgerechnet, ergibt sich für die Entwicklung im Kleinhandel folgendes Bild, das mit unserer Eingangstabelle in Relation zu setzen ist.

Es betrug die Steigung oder Senkung der Kleinhandelsindices (Ernährung) im ersten Halbjahr (Juni ziffern) 1925 in Punkten:

für Oesterreich	— 4	(1. Vierteljahr)
„ Frankreich	— 12	
„ Italien	— 9	
„ Deutschland	+ 9	
„ U. S. A.	— 3	(1. Vierteljahr)
„ Schweiz	— 1	

Daraus ergibt sich, daß die internationale Preislage für Nahrungsmittel im Kleinhandel die Ausgleichsbewegung der Großhandelspreise nicht mitgemacht hat, wobei zu bemerken ist, daß die Annäherung der schweizerischen mit den ausländischen Preisen auf Grund der totalen Großhandelsindices größer ist als beim speziellen Großhandelsernährungsindex. Auch ist gegenüber den Oststaaten eher eine Verschlechterung eingetreten, die allerdings besonders durch die schweizerisch-deutsche Annäherung kompensiert wird.

Mit dieser resümierenden Zusammenstellung (es handelt sich für uns in dieser Arbeit nicht um eine eigentliche Darstellung der Weltpreisverhältnisse, sondern um ein Problem, das sich auf Grund der Weltpreisverhältnisse zur Lösung aufdrängt) der Weltpreislage dürfte nochmals erhärtet sein, daß die Kosten unserer Lebenshaltung diejenigen der meisten anderen Länder übersteigen, daß also ganz zweifellos unsere Lebensmittel-Monopolpreise (infolge Zollschutz und Grenzpolitik) das inländische Industrieprodukt mehr belasten als ausländische Ernährungskosten das ausländische Industrieprodukt.

Absolute Werte können sich unserer Auffassung nach an Hand der indirekten Indexvergleiche allerdings nicht ergeben, indem man von vornherein gewisse Fehlerquellen in Kauf nehmen muß, teils bekannte, teils unbekannt. Frankreich zieht z. B. Wohnung und Bekleidung mit in den Ernährungsindex ein. Bei uns fehlt die Wohnung. Das ergibt im Vergleich zu Frankreich ein Resultat, das günstiger ausfällt, als die Wirklichkeit ist, weil bei uns die Wohnungskosten den Index stark zum Steigen brächten. Das ist auch der Fall gegenüber anderen Ländern, die zwar die Wohnung in die Indices nicht einbeziehen, die aber tatsächlich eine geringe Steuer der Mieten aufweisen.

Andererseits sind auch Fehler denkbar, die die Divergenz unserer Lebenskostenlage mit der anderer Staaten in milderem Lichte erscheinen lassen.

In dieser Beziehung ist eine Publikation des deutschen „Magazins der Wirtschaft“*) von ganz außerordentlichem Interesse. Dort wird nämlich eine Fehlerquelle im deutschen Lebenshaltungsindex aufgedeckt, die man sensationell nennen dürfte. Das Magazin tritt an Hand von Konsumvereins- und Warenhauspreisen den Beweis an, daß die Preise von 1913, die das statistische Reichsamt als Indexbasis verwendet, stark übersezt sind. Und zwar soll z. B. der Indexbasispreis

für Brot	um 27 %
„ Erbsen	„ 42 %
„ Rindfleisch	„ 21 %
„ Kartoffeln	„ 81,5 %
„ Butter	„ 18 %
„ Eier	„ 35 %

übersezt sein.

Durch diese Publikation hat die deutsche Meßziffer für die Lebenshaltung stark an wissenschaftlicher Bedeutung eingebüßt, wenn auch, was anzunehmen ist, nicht alle Positionen so stark differieren dürften wie die vom Magazin speziell erwähnten. Wenn die Angaben der hervorragenden deutschen Wirtschaftszeitschrift stimmen, so würde der heute mit 141,5 bezifferte deutsche Lebenshaltungsindex ganz bedeutend zu tief sein und auch die deutschen Löhne würden, real genommen, tiefer als angenommen liegen.

An der Tatsache der teuren Lebenshaltung der Schweiz relativ zum Großteil des Auslandes wird trotzdem nicht zu rütteln sein. In einer Enquete der Schweizerischen Arbeitgeberzeitung (siehe auch „N. Z. Z.“ Nr. 1572) wird durch einen direkten Vergleich ein neuer Beweis hierzu geliefert, dessen Zahlenergebnis in der „N. Z. Z.“ textlich so zusammengefaßt wird :

„... Die Zahlen bilden einen unmittelbaren Vergleich des tatsächlichen Preisniveaus der Lebensmittel an verschiedenen Plätzen zu einer gegebenen Zeit. Aus ihnen geht hervor, daß es eben doch nicht nur die „höheren Ansprüche“ der schweize-

*) „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 35, S. 1202.

rischen Konsumenten, sondern auch die höheren Preise der Lebensmittel sind, welche die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Industrie hemmen.“

So sehr wir immer betonen möchten, daß die Bewegung zum Ausgleich der Preisflächen der verschiedenen Länder die früher erwähnte D o p p e l b e w e g u n g zur Voraussetzung hat, so sehr spricht gerade die Enquete der Arbeitgeberzeitung für die Wichtigkeit der von uns vorläufig einzig beeinflussbaren Bewegung der A n p a s s u n g u n s e r e r Lebensmittelpreise an das Weltmarktniveau. Dabei kann es sich unseres Erachtens nicht um die P r o p a g i e r u n g v o n K a t a s t r o p h e n p r e i s e n handeln, sondern ganz einfach um das Aufgeben jener ungesunden landwirtschaftlichen Preispolitik, die sich auf den Renditemöglichkeiten der unrentabelst arbeitenden Betriebe und auf den Spekulationspreisen landwirtschaftlicher Güter aufbaut*). Es handelt sich also für uns persönlich in erster Linie um den Abbau der künstlich geschaffenen Differentialrenten, die einem Teil unserer Landwirte auf Grund des eben erwähnten Prinzips zufließen, und nicht etwa um Angriffe auf das r e a l e landwirtschaftliche A r b e i t s e i n k o m m e n, das ja vom inneren Preisniveau auch stark abhängt, und zwar in dem Maße, wie der Bauer Konsument ist. Die Umstände haben es mit sich gebracht, daß das Preisproblem spezielles Objekt der Politik geworden ist, die sich seit der stärkeren Scheidung der Gesellschaft nach ihrer ökonomisch-sozialen Struktur viel offener mit den ökonomischen Problemen beschäftigt als in bestimmten früheren Zeiten. Das ist ein Resultat zwangsläufigen historischen Geschehens.

Trotzdem ist es notwendig, so komplizierte Fragen, wie die Preisfrage zweifellos eine ist, auch vom rein theoretischen Standpunkte aus zu betrachten, weil dadurch Probleme aufgerollt werden können, die in der praktisch-politischen Behandlungsmethode nicht genügend überblickt werden können.

II.

Wenn heute weite und politisch sehr verschieden orientierte Kreise einer Verbilligung der Lebenshaltung rufen, so sollten sie einen ganz bestimmten konkreten V o r g a n g im Auge haben, dessen „Vorsichgehen“ ihnen wünschbar erscheint. Die Erfahrung lehrt aber, daß den Menschen gewöhnlich nur das ihnen wünschbar erscheinende R e s u l t a t v o r s c h w e b t, ohne daß sie den Weg, der zu diesem Resultate führt, näher zu erforschen versuchen.

Das Verlangen nach Verbilligung der Lebenshaltung durch Aenderung der bisherigen Hochschutzzoll- und Grenzpolizeipolitik ist ein klares. Die Produktionskosten sollen verbilligt werden können und die Konkurrenzfähigkeit des Schweizerproduktes soll gehoben

*) Die Sanierung der Güterpreisverhältnisse ist eines unserer dringendsten Wirtschaftsprobleme, das mit der Preisbildung in engem Verhältnis steht. Wir werden dieser Frage einen besonderen Aufsatz widmen.

werden *). So einfach das Programm ist, so kompliziert erscheint der Weg seiner Verwirklichung, insofern der Arbeiter als ein Faktor erscheint, dessen Interessen gewahrt werden müssen.

Um was handelt es sich bei dem Problem der Entlastung der Lebenskosten? Offenbar und hauptsächlich um nichts anderes als um eine Verschiebung innerhalb der Einkommenssummen verschiedener Bevölkerungsklassen, und zwar in erster Linie um eine Reduktion des totalen agrikolen Einkommens zugunsten anderer Einkommen, in erster Linie zugunsten des industriellen Einkommens, das den Beteiligten bei den heutigen Konkurrenzpreisen als zu niedrig erscheint und — vom kapitalistisch-wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet — in gewissen Branchen wenigstens, auch zu niedrig ist. Soll die Industrie im Lande bleiben und von hier aus Konkurrenzprodukte exportieren können, so muß sie ihre Gewinnmarge erweitern können. Das kann sie auf drei Arten erreichen. Entweder durch eine weitgehende Rationalisierung ihrer Organisation, durch eine Reduktion der Arbeitslöhne bei gleichbleibender Preislage, also durch Reallohnreduktion, oder durch Lohnreduktion bei gleichzeitiger Entlastung der Ernährungs- und Existenzkosten überhaupt, das heißt durch eine nominelle Lohnreduktion bei (wenigstens angeblicher) Aufrechterhaltung der Realinkommen der Arbeiterklasse. Der letzte Weg steht in Diskussion, weil sich das allgemeine Interesse in letzter Zeit — ohne sich allerdings der methodischen Konsequenzen immer klar zu sein — auf diesen Weg konzentriert hat.

Es handelt sich demnach bei dem praktisch in letzter Zeit am meisten erörterten Wirtschaftsproblem der Schweiz um eine Einkommens-Übertragungsfrage, um eine Art „Transferproblem“. Für den Industriellen steht die Frage so: Wie kann der abgebaute agrikole Einkommensteil auf unser Konto übertragen werden? Für den Arbeiter handelt es sich darum: Wie kann der abgebaute (respektive abzubauen) agrikole Einkommensteil so auf die Industrie übertragen werden, daß ich, der Arbeiter, den praktisch maximal möglichen Nutzen davon habe? Dabei wird sich der Arbeiter bewußt sein müssen, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die Tendenz jederzeit stark sein wird, die ihn von jeglichem Nutzanteil ausschließen möchte. Tatsächlich handelt es sich für die Arbeiterschaft im praktischen Fall weniger um den direkten als den indirekten Nutzen, weil sie bei einem besseren Gang des Exportgeschäftes ein negatives Zeichen auszulöschen hofft — die Arbeitslosigkeit. Ohne Erkämpfung einer direkten Besserung ihrer Lebenslage im Zusammenhang mit der erwähnten Einkommensübertragung wird sich bei deren Zustandekommen für die Arbeiter ein direkter Nutzen (die Verminderung der Arbeitslosigkeit

*) Da es sich um eine reine Ausgleichsaktion in der Richtung des durchschnittlichen Weltpreisniveaus handelt, muß der verlangte Nahrungskostenabbau mit Preisabbauaktionen, wie sie etwa aus einer Deflationspolitik herausfließen können, streng geschieden werden. Wir erwähnen das, weil in dieser Hinsicht oft eine erstaunliche Verwirrung herrscht.

als indirekter Nutzen aufgefaßt) nur insoweit ergeben, als sich ihre Machtposition auf dem Arbeitsmarkte festigt. Falsch wäre es offenbar, anzunehmen, daß sich aus der Verbilligung der Lebenshaltung *automatisch* eine direkte Besserung der Einkommensverhältnisse des Arbeiters ergäbe, da von industrieller Seite die Preisverhältnisse nur deshalb angegriffen werden, weil die Industrie ohne vorherige Lebenshaltungs-Verbilligung ihren eigentlichen Zweck, die Lohnsenkung, angesichts der relativ starken Machtposition unserer Gewerkschaften nicht zu erreichen hofft. Wenn wir eine etwa nach französischem oder italienischem Maße gespaltene Arbeiterbewegung hätten, so wäre die Lösung des Preisproblems niemals so zwingend geworden, wie sie jetzt ist. Die Konkurrenzfähigkeit des Exportproduktes wäre einfach durch Lohnkürzungen erzwungen worden, wobei die kurzfristige Momenteinstellung wahrscheinlich über die weit-sichtigere Einstellung, die einen daherigen Qualitätsniedergang unserer Produktion in Berechnung stellt, gesiegt hätte. Da unsere Landwirtschaft, wenn sie blühen soll, eine konsumkräftige Arbeiterschaft zur Seite haben muß, würde sich eine so kurzfristige Lösung des Weltkonkurrenzproblems in Beziehung zur Schweiz wahrscheinlich schärfer gegen die Landwirtschaft selber gerichtet haben als ein bewußter Abbau der Lebenshaltungskosten im erwähnten Sinne.

Wir möchten heute von einer eingehenden Erörterung dieser Frage absehen. Nehmen wir nun an, daß die Entwicklung zu der erwünschten Lebenshaltungsentlastung hinführe, d. h. daß die Lebensmittelpreise — um die handelt es sich in erster Linie — sinken. Verfolgen wir dann alle wirtschaftstheoretischen Konsequenzen, so wird sich ergeben, daß die Einkommensübertragung von der Landwirtschaft weg sich nicht so einfach darstellt, wie bei kurzer Ueberlegung zu erwarten ist. Unseres Erachtens sind bis dahin die *valutarischen* Komponenten des Problems zuwenig in Betracht gezogen worden. Es kann sich für uns nun nicht darum handeln, eine unbedingt gültige Theorie des „Einkommens-Transferproblems“ zu geben. Es sei nur der Versuch gewagt, die Frage von einer neuen, bis dahin wenig oder nicht beachteten Seite zu beleuchten: Wenn die Lebenskosten sinken, so ist das gleichbedeutend mit einer Zunahme der innerschweizerischen Kaufkraft des Frankens. (Auf Grund dieser Kaufkraftzunahme möchte man ja, wie wir bereits erwähnt haben und wie es sicher notorisch ist, die Nominallöhne abbauen.) Wenn sich die innere Kaufkraft einer Währungseinheit hebt, so hat das valutarische Folgen, indem die Wechselkurse zweier Länder die Tendenz aufweisen, Kaufkraftparitäten darzustellen. Anders ausgedrückt heißt das, daß die Wechselkurse z. B. von Franken und Lire die Tendenz haben diejenige Zahl reziprok anzugeben, die anzeigt, wieviel Franken oder Lire es braucht, um eine gleiche Menge durchschnittlicher Waren zu kaufen. Kauft ein Franken in der Schweiz 100 Wareneinheiten, eine Lira in Italien aber nur 50 Wareneinheiten (durchschnittlich), so werden die Wechselkurse die Tendenz haben, diese Kaufkraft anzugeben, d. h. der Wechselkurs der Lira wird in Zürich gegen 50 hin-

neigen (man muß nur 50 Franken zahlen für 100 italienische Lire), der Frankenkurs in Mailand gegen 200 (man muß 200 italienische Lire zahlen, um 100 Schweizerfranken zu kaufen). Es ist ganz klar, daß z. B. der Lirekurs nicht derselbe bleiben kann, wenn die Lira in Italien mehr kauft als vorher, der Franken in der Schweiz aber gleichviel. Man wird eben von nun an mehr Franken zahlen als vorher, um gleichviel Lire zu erhalten, da gleichviel Lire an den Waren gemessen ja mehr wert sind. Umgekehrt wird man bei gleichbleibender Kaufkraft der Lira, aber steigender Frankenkaukraft für eine gleiche Menge Franken mehr Lire auslegen müssen als bis anhin, weil eine gleiche Menge Franken mehr kauft als vorher.

Dabei handelt es sich immer nur um die *T e n d e n z*, da sekundäre Einflüsse der Handelsbilanz, der Spekulation usw. intermittierend eingreifen können. Im allgemeinen wird man aber behaupten dürfen, daß die innere Kaufkraftserhöhung des Frankens, wie sie aus der Lebenskostenverbilligung resultieren müßte, den Wechselkurs des Frankens hebend beeinflussen würde. Der schweizerische Exporteur würde nach dem Sinken der Lebenshaltung und nach erfolgtem Lohnabbau billiger liefern können, sagen wir eine bestimmte Produktmenge für 90 statt für 100 Franken. Aber der ausländische Importeur würde nun für die 90 Franken mehr Einheiten seiner nationalen Währung zahlen müssen als bis dahin, er würde also von seinem Standpunkt aus theoretisch gar nichts gewinnen, sobald die Kaufkraftparitäten hergestellt wären.

Diese Ueberlegungen fußen allerdings auf dem Bestehen einer gesperrten Währung. Diese ist aber vorläufig von ausschlaggebender Bedeutung, weniger vom Standpunkt der Schweiz aus als von demjenigen mehrerer ihrer Absatzgebiete, die aus währungstechnischen Gründen einen starken Goldabfluß nicht zu ertragen glauben. Würden Goldexporte und -importe allgemein frei sein, so würden die Goldpunkte die Valuta regulieren, d. h. die aus der Schweiz her importierenden Länder würden bei steigendem schweizerischen Wechselkurs vorteilhaft mit Gold bezahlen. Die Frage wäre dann allerdings die, wie die Schweiz das Gold wieder verwenden würde, da eine Goldzahlung der Rohstoffe ihrerseits den Sinn der ausländischen Goldzahlung in gewissem Maße wieder paralyisieren müßte. Praktisch stellt sich jedoch das Problem heute so, daß wir nicht nur mit Goldstandardländern rechnen können, um so weniger, als wir selber noch nicht zum Goldstandard zurückgekehrt sind, was allerdings möglich wäre, ohne die Leiden Churchills durchzumachen, da unsere Deflationspolitik bis zur Goldlinie des Frankens seit längerer Zeit Tatsache ist. Wir müssen also vorläufig mit den zuerst erwähnten valutariischen Einflüssen der Preissenkung resp. der Kaufkrafthebung rechnen. Immerhin zeigt sich ein Ausweg, der gangbar wäre, und zwar mit Hilfe einer überlegten Kreditpolitik und auf der Grundlage der Erhaltung der gleichen inneren Kaufkraft.

Die Verbilligung der Lebenshaltung, die wir als durchaus notwendig erachten (neben der Reprise der Lebenshaltungskosten in den

Inflationsländern), dürfte — so paradox es klingen mag — wettgemacht werden durch eine entsprechend größere Kreditpolitik unserer Geldinstitute, vor allem der zentralen Notenbank. Durch die Krediterweiterung müßte die innere Kaufkraft stabil bleiben und es unterbliebe die daherige Störung der Wechselkurse. Die Landwirtschaft würde infolge des Zollabbaues etwas weniger erhalten als bis dahin, der Konsument würde aber gleichgestellt bleiben, da sein primärer Kaufkraftgewinn wettgemacht würde durch die sekundäre Kaufkrasteinbuße infolge der Krediterweiterung. Der Industrielle aber würde durch eine weitgehende Kreditverbilligung besonders des langfristigen Kredites eine direkte Produktionskostensparnis machen und indirekt dadurch gewinnen, daß er die dringend notwendigen und große Mittel beanspruchenden *Rationalisierungsmaßnahmen* finanzieren könnte. Die Krediterweiterung würde ihm — was heute oft fehlt — das Gewähren von langfristigen *Lieferungskrediten* ermöglichen. Wie wichtig das ist, wissen alle diejenigen, die große Abschlüsse nicht tätigen können, weil sie nicht lange kreditieren können. — Auf diese Weise würden die valutarischen Hemmungen der Preisentlastungsaktion überwunden, und es würde eine Uebertragung der Einkommenseinbuße der Landwirtschaft zugunsten der Produktion ermöglicht, ohne daß die Preisabbauaktion für die Ernährungskosten bedeutende Störungen der nationalen Kaufkraft mit sich brächte. Man wird einwenden, daß damit der Arbeiterschaft nicht geholfen sei, wenn letzten Endes alles beim alten bleibe. Diese Auffassung ist an sich irrtümlich, weil die Exportlage erleichtert würde und die Arbeitslosigkeit abnähme, was die Machtposition der Arbeiterschaft festigen müßte, und sodann irrtümlich deshalb, weil sie auf der Annahme basiert, daß die Verbilligung der Lebenshaltung *automatisch* eine Besserstellung des aus dem Arbeitseinkommen lebenden Konsumenten mit sich bringen könnte. Wenn wir auch der Arbeiterschaft eine sehr hohe Resistenzkraft gegenüber ungerechtfertigten Lohnabbautendenzen wohl zumuten, so ist doch die Gefahr vorhanden, daß der Versuch unternommen würde, die Lohnhöhe weiter sinken zu lassen, als es die Zunahme der Kaufkraft rechtfertigen würde. Die Arbeiterschaft wird in jedem Falle ihre Realposition nur verbessern können im direkten Kampf um ihr Realeinkommen, und der Erfolg des Kampfes hängt stark von der Konjunktur ab, weil er eine feste Position des Arbeitsangebotes auf dem Arbeitsmarkt voraussetzt. Die hier skizzierte Methode der Transferierung von Teilen des nationalen Einkommens basiert auf der Berücksichtigung der valutarischen Seite des Preisproblems und sie erwähnt eine Möglichkeit der Entlastung der Exportlage auf Kosten speziell des Zinseinkommens. Wenn anscheinend die Landwirtschaft durch Zollabbau und Kaufkrasteinbuße (sie hatte vor der Kaufkrasteinbuße durch Krediterweiterung nichts gewonnen) doppelt getroffen wird, so eben doch nur anscheinend, weil sie durch die Kreditverbilligung ein eigenes Postulat erfüllt sähe und sich weitgehend entlasten könnte.

Wir betonen ausdrücklich, daß unser Aufsatz nicht den Charakter eines Programms sich anmaßen möchte. Dazu ist er in allzu bewußter Einseitigkeit, das heißt eingestellt auf eine ganz bestimmte valutarische Ueberlegung, geschrieben unter Außerachtlassung wichtiger Nebenprobleme, worunter nur das Problem der Handelszuschläge genannt sei. Er soll lediglich das sein, als das er bezeichnet wurde, ein Versuch der Darstellung des Problems der möglichst reibungslosen Uebertragung derjenigen Werte, die der Landwirtschaft zugunsten der Exportlage entzogen werden.

Wir haben auch eine andere wichtige Frage nicht berührt, die Frage, inwiefern die Einkommensübertragung zugunsten der Industrie, das heißt letzten Endes der Rendite, und inwiefern direkt zur Entlastung der Exportpreise, d. h. für das Ausland beabsichtigt sein könnte. Es schien uns wertvoll zu sein — und darin liegt im konkreten Falle der eigentliche publizistische Zweck — darauf aufmerksam zu machen, wie komplizierte Fragen durch die scheinbar allereinfachste und sicher auch allerberechtigtste Forderung ausgelöst werden können. Die kapitalistische Wirtschaft mit ihren nationalen klassenmäßigen Interessenverwicklungen verkompliziert die scheinbar einfachsten Dinge und damit sich selbst bis zu einem unerträglichen Grade, dermaßen, daß auch vom theoretischen Standpunkt aus der Uebergang von der Profit- zur Bedarfsdeckungswirtschaft als Erlösung erscheint.

Schuld und Sühne.

Zur Philosophie des Strafrechtes.

Von Dr. Hans Drecht.

„Ihr habt gehört, daß da gesagt ist: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Ich aber sage euch, daß ihr nicht widerstreben sollt dem Uebel; sondern, so dir jemand einen Streich gibt auf deinen rechten Backen, dem biete den andern auch dar.“

„Vergeltet nicht Böses mit Bösem oder Scheltwort mit Scheltwort, sondern dagegen segnet, und wisset, daß ihr dazu berufen seid, daß ihr den Segen erbet.“

„Wer Menschenblut vergießet, des Blut soll auch durch Menschen vergossen werden, denn Gott hat den Menschen zu seinem Bilde gemacht.“

„Schade um Schade, Auge um Auge, Zahn um Zahn; wie er hat einen Menschen verletzet, so soll man ihm wieder tun.“

Nichts ist geeignet, den grellen Gegensatz der Auffassungen von Schuld und Sühne, Verbrechen und Strafe besser darzustellen als die angeführten Worte des Alten und des Neuen Testaments. Die eine Auffassung stellt hohe, sittliche Forderungen an den, der verletzt wurde, den Verletzten, die andere richtet den, der verletzt, den Verbrecher. Das Neue Testament verkündet das Hohelied der